



Eine junge Perspektive auf die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie



Wir sind ehrenamtlich engagierte junge Menschen, die in den Jugendbeteiligungsformaten der Bundesministerien für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), Auswärtiges (AA), Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Bildung und Forschung (BMBF), wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) sowie Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) aktiv sind sowie im youpaN, in der Nationalen Plattform Bildung für Nachhaltige Entwicklung (NP BNE) am Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Unser Engagement erstreckt sich über ein breites Themenspektrum im Bereich der Nachhaltigkeit. Gemeinsam haben wir uns dazu entschlossen, die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) zu kommentieren, um unsere Perspektiven und Anregungen in den Diskurs einzubringen.

Arbeitsgruppe Jugend- und Klimaaußenpolitik (AA)

BMZ-Jugendbeirat (BMZ)

Jugendpolitischer Beirat (BMFSFJ)

Jugendprojektbeirat des BMUV und UBA

Urbane Liga (BMWSB)

youpaN - Jugendforum der Nationalen Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (BMBF)

Von der Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung in Klimafragen (BMWK):

Johanniter-Jugend, netzwerk n, Students for Future

Inhalt

1.	Allgemeine übergreifende Punkte	3
2.	Inhaltliche Punkte	5
2.1.	Gesellschaftliche Mobilisierung und Teilhabe	5
2.2.	Klimaschutz.....	5
2.3.	Internationale Verantwortung	7
2.4.	Demokratieförderung	8
2.5.	Soziale Gerechtigkeit.....	9
2.6.	Chancengerechtigkeit	9
2.7.	Wirtschaft.....	10
2.8.	Bildung.....	11
2.9.	Nachhaltiges Bauen	12
2.10.	Landwirtschaft	14
3.	Strukturelle Punkte	15
3.1.	Indikatoren.....	16
3.2.	Governance	16
4.	Abschluss.....	16
4.1.	Mitgestaltung und Beteiligung junger Menschen	17
4.2.	Schlusswort.....	18

1. Allgemeine übergreifende Punkte

Wir begrüßen die Erwähnung des Handabdrucks zu Beginn der Strategie und möchten dazu ermutigen, stärker auch an anderen Stellen inner- und außerhalb der DNS auf dieses konstruktive Konzept zu verweisen.

Insgesamt fehlt es der Strategie an positiven Narrativen, welche konkret aufzeigen, wie das Leben in Zukunft durch das Erreichen der SDGs verbessert werden kann und wie auf diese Weise an Lebensqualität und Wohlstand dazugewonnen werden kann. Konkrete Beispiele und positive, imaginative Narrative - wie auch der Handabdruck - sollten genutzt werden, um aktiv gegen Verlufterzählungen anzuarbeiten und Zugewinne zu verdeutlichen.

Aus unserer Sicht ist daher eine gemeinsame Kampagne der Bundes- und Landesregierungen sowie von Verbänden notwendig, um den Handabdruck als konstruktiven Gegenentwurf zum CO₂-Fußabdruck zu verbreiten. Eine Roadmap, die aufzeigt, bis wann welche Ziele wie erreicht sein sollen, ist dafür ebenfalls förderlich. Eine solche Roadmap kann anhand der wissenschaftlichen Ergebnisse zu planetaren Grenzen und den SDGs erarbeitet werden.

Die Anerkennung des wissenschaftlichen Konsenses zur Klimakrise in der DNS ist zu loben. Allerdings ist ersichtlich, dass sich diese Anerkennung nicht ausreichend in Gesetzen und Zielen sowie deren Umsetzung in Maßnahmen widerspiegelt. So wird trotz der anerkannten Dringlichkeit hingenommen, dass die eigenen Klimaschutzziele bis 2030 nur zu 80% erfüllt werden, obwohl auch bereits diese Ziele nicht 1,5-Grad-konform sind.

Echte Beteiligung diverser Bevölkerungsgruppen an der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen sowie generell der DNS ist von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass die Stimmen aller Bürger*innen gehört und berücksichtigt werden.

Eine barrierefreie, transparente Kommunikation der Maßnahmen und der DNS ist notwendig, um die Beteiligung an der Strategie an sich sowie deren Umsetzung zu fördern und dabei alle mitzunehmen. Dies sehen wir in der aktuellen Form nicht gegeben.

Zum Beispiel ist die Struktur der einzelnen Bereiche unterschiedlich aufgebaut, sodass die Orientierung schwierig ist. Darüber hinaus wird viel mit Namen von Gesetzen gearbeitet, deren Inhalte kaum umrissen werden - für eine kurze Erklärung dieser sowie für Fachbegriffe und die genauen Inhalte der Indikatoren wäre ein Glossar hilfreich. Gerade für die Struktur der DNS wäre es aus unserer Sicht hilfreich, die Indikatoren sowie deren Stand und daraus hervorgehende Maßnahmen mit einzuarbeiten, da diese nach unserem Verständnis als Überprüfungsmechanismen anzeigen sollen, wie weit die SDGs bereits in und durch Deutschland erreicht sind.

Die DNS erscheint eher wie eine Berichterstattung als eine umfassende Strategie, da negative Punkte, also unerreichte Ziele oder Bereiche mit Nachholbedarf, kaum oder nur sehr kurz benannt werden sowie weitgehend der Ist-Zustand berichtet wird. Dadurch fehlen notwendige Lösungsstrategien. Eine kritische Reflexion der eigenen Maßnahmen, Pläne und des Status-Quo ist notwendig, um daraus verbesserte, zielführende und wirksame Strategien zu entwickeln. Dies würde ebenfalls dazu beitragen, dass Maßnahmen konkretisiert werden, und so das Vertrauen in die Umsetzung steigen könnte. Die Sicherstellung und Kontrolle der Umsetzung durch geeignete Evaluationsansätze ist darüber hinaus ebenso erforderlich, wie die Übersetzung der Strategie auf Landes- und Kommunalebene in Zusammenarbeit mit eben diesen. Eine solche Übersetzung kann auch der Verantwortungsdiffusion entgegenwirken. Es fällt auf, dass die DNS oft keine konkreten Verantwortlichen für die Umsetzung von Maßnahmen in Deutschland benennt und teilweise die Verantwortung ins Ausland verlagert. Auch unser Vertrauen in die Umsetzung der Strategie und damit in die Erreichung der SDGs und der Pariser Klimaziele ist aufgrund der genannten Punkte gering.

Wir wollen hervorheben, dass die Struktur der Transformationsteams zwar die Interdisziplinarität, welche für die Arbeit an nachhaltiger Entwicklung notwendig ist, anerkennt und damit gearbeitet werden soll, in der DNS wird dies jedoch oft vernachlässigt. Die Komplexität der nachhaltigen Entwicklung und die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Themenfeldern werden nicht ausreichend berücksichtigt, was eine gute Umsetzung erschwert. Zum Beispiel passen die Gewichtung der Themen und ihr Stellenwert in der Strategie (Textumfang und verdeutlichte Relevanz) oft nicht zur Bedeutung und Dringlichkeit der Themen. Gerade Schnittpunkte gehen verloren, die für nachhaltige Entwicklung sehr wichtig sind. So dürfen Spillover-Effekte, die bereits in der Strategie thematisiert werden, keinesfalls vernachlässigt und müssen stärker berücksichtigt werden.

Insgesamt fehlt es an klaren Finanzierungsplänen, was gerade für die progressiven Ideen und Maßnahmen fatal ist. Im aktuellen politischen Diskurs wird sichtbar, dass an für die Umsetzung der DNS wichtigen Stellen gekürzt werden soll, wie z. B. bei sozialer Sicherung, Demokratiebildung und Vereinsarbeit/Engagement. Jedoch ist eine gegenteilige Bewegung notwendig.

Wir möchten an dieser Stelle auch deutlich machen, dass wir ein Fortführen der Schuldenbremse, vermeintlich im Namen der jungen Menschen, ablehnen. Junge Menschen dürfen nicht weiterhin instrumentalisiert werden. Zum Beispiel machen zahlreiche Expert*innen deutlich, dass jetzt dringend Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen nötig sind, um das Schlimmste zu verhindern und jetzige sowie nachfolgende Generationen zu schützen. Wir fordern diese Investitionen ein, die Dringlichkeit dafür kann wohl kaum höher sein. Jeder

Euro, der heute in den Klimaschutz investiert wird, reduziert die zukünftigen Kosten für Anpassung und Eindämmung der Folgen.

2. Inhaltliche Punkte

2.1. Gesellschaftliche Mobilisierung und Teilhabe

Die gesellschaftliche Mobilisierung und Teilhabe sind zentrale Elemente für eine nachhaltige Entwicklung. Der aktuelle Fokus auf Frauenförderung bei der Diskussion über Vielfalt ist wichtig, reicht jedoch nicht aus. Denn Vielfalt geht weit darüber hinaus. Auch die Perspektiven anderer marginalisierter Gruppen müssen in politische und wirtschaftliche Entscheidungen miteinbezogen werden.

Partizipation bedeutet auch, die Strukturen der Beteiligung an die Bedürfnisse der beteiligten Personen anzupassen und barrierefreie Zugänge zu schaffen. Zum Beispiel ist es wichtig, dass Beteiligung zu Selbstwirksamkeitserfahrungen führt, damit Engagement eigenständig weiterverfolgt wird.

Durch die Einbeziehung von Menschen mit vielfältigen Lebensrealitäten können diverse Perspektiven inkludiert werden. Dies ermöglicht ein gemeinsames Handeln und kann gleichzeitig einer polarisierten Wirtschaft und Gesellschaft entgegenwirken. Auch die soziale Mobilität kann durch Beteiligung in politischen sowie wirtschaftlichen Prozessen (z.B. Bürger*innenräte oder Betriebsräte) erhöht werden, weshalb eine umfassende Förderung benötigt wird.

Auszeichnungen, Förderprogramme und die Stärkung ehrenamtlicher und engagierter Strukturen sind entscheidend, um diese zu verankern und nachhaltig zu etablieren. Maßnahmen zur Bildung von Netzwerken, wie zum Beispiel unterschiedlicher Beteiligungsformate, die langfristig Bestand haben, können einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft ausüben.

2.2. Klimaschutz

Im Bereich des Klimaschutzes müssen wir mit großer Besorgnis feststellen, dass die gesteckten Ziele weder auf nationaler Ebene noch im Rahmen des Pariser Abkommens erreicht werden. Es ist wichtig aufzuzeigen, wie die verschiedenen Beschlüsse, insbesondere innerhalb der EU, sich mit dem 1,5-Grad Ziel decken und ob sie ausreichend sind. Ein wiederholter

Bezug auf Sektorenziele, auch in der internationalen Klimapolitik, ist unverzichtbar und kann immer wieder beobachtet werden. Umso unverständlicher ist es, dass diese aus dem Klimaschutzgesetz (KSG) gestrichen wurden. Wie kann es sein, dass Deutschland, laut Strategie, das Tempo der Emissionsreduktion verdreifachen muss, um die Ziele einzuhalten, ohne dass dies in den Zielen der DNS adäquat reflektiert wird? Wir fordern deshalb eine Ausformulierung, wie die Reduktion der Emissionen in den Sektoren mit der Neuauflage des KSGs gewährleistet wird, mit Zielreduktionswerten in der DNS.

Angesichts der Klimakrise wird die Gesundheit der Bevölkerung zunehmend gefährdet. Um soziale Gerechtigkeit ernst zu nehmen, müssen strukturelle Schutzmaßnahmen, wie beispielsweise gegen Hitze, sowie die Verfügbarkeit und Zahl von Ärzt*innen und Psycholog*innen verbessert werden. Gleichzeitig sind Aufklärung und Beratungsangebote auf individueller Ebene zu erweitern und finanzielle Unterstützung nicht nur für Klimaschutz sondern auch Klimaanpassungsmaßnahmen bereitzustellen.

Des Weiteren braucht es finanzielle Anreize, damit sich Menschen eine klimafreundliche Lebensweise u.a. klimafreundliche Ernährung, Mobilität oder Energie leisten können. Vorschläge wie die Steuererhöhung auf tierische Produkte und die Steuersenkung auf Obst, Gemüse und pflanzenbasierte Produkte sind hier zu nennen. Da mangelndes Wissen nicht der Hauptgrund für fehlendes nachhaltiges Verhalten ist, muss die Nutzung klimafreundlicher Alternativen attraktiver gemacht werden.

In den Entwurf muss dazu ein klarer Ansatz zum Abbau klimaschädlicher Subventionen und entsprechender Steuervorteile ebenso wie die weitere Finanzierung umfassender Klimaschutzmaßnahmen eingearbeitet werden.

Mit Blick auf die Verteilungswirkung und das Verursacherprinzip, möchten wir uns außerdem für die Aufnahme eines sozial gestaffelten Klimageldes in die DNS einsetzen, um sozioökonomisch benachteiligte Bürger*innen finanziell zu unterstützen. Dies ist insbesondere durch die erhöhten Kosten aus dem ETSII ab 2027 vonnöten und unabdingbar, um eine sozial gerechte Klimatransformation zu erreichen.

Wir möchten dabei auch betonen, dass Negativemissionen (durch z.B. CCS) lediglich eine ergänzende Maßnahme auf dem Weg zur Emissionsneutralität sein können. Der derzeitige starke Fokus darauf in der DNS darf nicht von den Hauptsäulen der Emissionsreduktion wie der klimaneutralen Energiegewinnung, Bauweisen, Renaturierung von Kohlenstoffsinken und Suffizienz ablenken.

Auch der vermeintliche Erhalt des Wohlstands durch den Erhalt des Status Quo darf nicht die Ambitionen zur Reduktion von Treibhausgasen und zur Transformation der Wirtschaft hem-

men. Bei einer stärkeren Erhitzung der Welt als 1,5-Grad, auf die wir aktuell zusteuern, wird der Erhalt des aktuellen Wohlstands erheblich schwieriger. Dies muss auch in der Kommunikation des Fortschritts beachtet werden.

Technologischer Fortschritt kann nur einen kleinen Teil zur Erreichung von Klimaneutralität beitragen. Viele Technologien sind bereits entwickelt und müssen nun flächendeckend effizient sowie suffizient eingesetzt werden. Bei den technologischen Entwicklungen ist globale Gerechtigkeit stets zu berücksichtigen. Die Verarbeitung von Rohstoffen und Ressourcen aus dem Nicht-EU-Ausland muss kritisch unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden.

Abschließend ist es wünschenswert, wenn die Ergebnisse der Weltklimakonferenzen in der DNS kritisch beleuchtet werden. Deutschland muss sich national wie international ambitionierter für den Klimaschutz und die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels einsetzen.

2.3. Internationale Verantwortung

Im Hinblick auf die internationale Verantwortung Deutschlands ist Klimagerechtigkeit von zentraler Bedeutung. Es darf nicht übersehen werden, dass wir mit Ressourcen planen, die nicht uns gehören, was postkoloniales Denken widerspiegelt. Strukturelle Ungerechtigkeiten, wie die kolonialen Kontinuitäten, die Unterrepräsentation von Ländern des globalen Südens in internationalen Entscheidungsstrukturen und die finanzielle Ausbeutung müssen adressiert werden. Insbesondere die Entstehung von Schulden der Länder des globalen Südens, sollte stets kritisch aufgearbeitet werden und dabei koloniale Ausbeutung als eine Ursache berücksichtigt. Bilaterale Schuldenumwandlungen sollten auf ihre ethische Berechtigung geprüft werden. Für die Länder des globalen Südens bieten Rohstoffexporte nur dann Chancen, wenn angemessene Preise gezahlt werden, negative Konsequenzen für einzelne Bevölkerungsgruppen vermieden werden (insbesondere im Hinblick auf Wasserknappheit und möglichen Landraub) und keine weitere Abhängigkeit von Ländern des globalen Nordens entsteht.

Internationale Zusammenarbeit zur Erreichung einer gerechteren Besteuerung von großen Vermögen und Unternehmensgewinnen, wie zum Beispiel durch eine länderübergreifende oder globale verbindliche Vermögens- und Unternehmenssteuer, ist ein wichtiger Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. Dies bietet großes Potenzial für eine gerechtere Verteilung und Nutzung von Vermögen, welches im Sinne einer nachhaltigen Transformation eingesetzt werden kann.

Es sollte auch anerkannt werden, dass Klimagerechtigkeit untrennbar mit der Wahrung der Menschenrechte verbunden ist. Die Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften müssen geschützt werden, insbesondere in Bezug auf ihre Landrechte und traditionellen Wissenssysteme sowie Lebensweisen. Ihre aktive Einbeziehung in Entscheidungsprozesse ist unerlässlich, um nachhaltige und gerechte Lösungen zu entwickeln. Damit einher geht die generelle Reflexion von postkolonialen Machtstrukturen in der internationalen Zusammenarbeit.

Abschließend ist die Förderung von Bildung und Kapazitätsaufbau im globalen Süden entscheidend, um langfristig eine gerechtere globale Gesellschaft zu ermöglichen. Bildung ist ein Schlüssel zur Überwindung von Armut und Ungleichheit und stärkt die Fähigkeit von Gemeinschaften, selbstbestimmt über ihre Zukunft zu entscheiden. Jedoch dürfen dabei keine postkolonialen Abhängigkeitsverhältnisse entstehen, sodass entsprechende laufende sowie entstehende Programme kritisch beleuchtet werden müssen.

2.4. Demokratieförderung

Die Förderung der Demokratie, des Wirkens gegen antidemokratische Strömungen sowie von Partizipation sind in der aktuellen Zeit von größter Bedeutung. Trotzdem findet dies in der Strategie kaum Bedeutung. Dabei darf an dieser Stelle nicht gespart werden und die Mittel der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und weiterer demokratiefördernder Einrichtungen und Projekte sowie die Vergütung von Freiwilligendienststellen (FSJ) müssen ausgebaut statt gekürzt werden. Strukturelle Gelder für kleinere Vereine, beispielsweise für Geschäftsstellen, die das Ehrenamt hauptamtlich unterstützen, sind zusätzlich notwendig, um Engagement langfristig unterstützen zu können.

Die jüngsten Diskussionen über die Wahlergebnisse der EU-Wahl haben uns als junge, engagierte Menschen stark getroffen. Die hohe Zustimmung zur AfD und anderen antidemokratischen Kräften hat große Besorgnis ausgelöst. Wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf, Nachhaltigkeit und Demokratie zusammenzudenken, sowie Demokratiebildung stärker in den Blick zu nehmen. Es ist von entscheidender Bedeutung, diese Themen in der DNS zum Beispiel durch konkrete Projekte und Förderungen auch im digitalen Raum z.B. bei der Eindämmung von Fake News im Transformationsbereich eins stärker zu berücksichtigen, um das Vertrauen in die Demokratie und die politische Teilhabe zu stärken.

2.5. Soziale Gerechtigkeit

Soll soziale Gerechtigkeit erreicht werden, reicht Bildung allein, wie es in der DNS in Teilen suggeriert wird, nicht aus. Es bedarf auch einer umfassenden sozialen Sicherung und struktureller Veränderungen. Wir befürworten die Einführung eines sozial gestaffelten Klimageldes, welches in der DNS behandelt werden sollte (siehe Abschnitt Klimaschutz).

Einkommensschwache Menschen haben weniger Möglichkeiten, sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen, beispielsweise durch den Wechsel des Wohnorts oder durch Anschaffungen, die klimafreundlich und langfristig kostensparend sind, wie Dämmung oder Photovoltaikanlagen. Auch vulnerable Bevölkerungsgruppen müssen besonders berücksichtigt werden. Wirtschaftlich starke Personen, Unternehmen und Länder tragen immer noch zu wenig Verantwortung für die von ihnen verursachten Klima- und Umweltschäden. Dieses Ungleichgewicht spiegelt sich auf allen Ebenen wider und muss stärker und kritischer in den Blick genommen werden.

Die ungleiche Verteilung von Vermögen und die Problematik der Erbschaft im Hinblick auf Umverteilung werden in der DNS ausgeklammert, obwohl sie zum SDG1 "Keine Armut" gehören. Das System der sozialen Sicherung in Deutschland muss aufrechterhalten, weiter ausgebaut und darf nicht durch Sparmaßnahmen gefährdet werden.

Damit einher geht auch die Thematisierung von Kinderarmut, welche dringend in der DNS behandelt werden muss. Der Hintergrund der geringen sozialen Mobilität in Deutschland macht eine Beschäftigung mit Kinderarmut und Programmen sowie strukturellen Veränderungen unabdingbar. Wir sehen dabei eine große Chance in der Verankerung der UN-Kinderrechte im Grundgesetz, welche noch diese Legislatur geschehen sollte und eine stärkere Fokussierung von Bedürfnissen von Kindern in der Politik bewirken kann.

Auch die mentale Gesundheit muss strukturell gestärkt werden. Die Strategie der Bundesregierung sollte nachgeschärft werden, insbesondere durch den Ausbau von Psychotherapiestellen.

2.6. Chancengerechtigkeit

Um Chancengerechtigkeit zu gewährleisten und die soziale Dimension der Nachhaltigkeit zu fördern, reicht es nicht aus, lediglich den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Arm und Reich zu schaffen. Eine demokratische und nachhaltige Gesellschaft kann nur existieren, wenn ihren Mitgliedern durch Unterstützung entsprechend der individuellen und strukturellen

Hintergründe die gerechten Chancen auf gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Teilhabe ermöglicht werden. Zur Erreichung dieses Ziels sind Maßnahmen zur Förderung der Chancengerechtigkeit marginalisierter Gruppen nötig. Diese können nur unter Beteiligung der einzelnen Gruppen erarbeitet werden, weshalb eine solche Beteiligung in der DNS aus unserer Sicht mehr Beachtung finden muss. Beispielhaft sind sozialpolitisch bereits diskutierte Maßnahmen zur Gleichstellung von FLINTA*, wie die bezahlte Care-Arbeit, die Absicherung von Ganztagsbetreuungen, die Beseitigung der Nachteile durch Elternzeit und die Unterstützung von Frauen*häusern.

Es muss dringend sichergestellt werden, dass alle Kinder, Jugendlichen und Familien Zugang zu öffentlichen Einrichtungen, politischer Bildung, Kultur und Sport haben und gleichwertige Zukunftsperspektiven aufgezeigt bekommen. Nur so kann eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft entstehen, in der alle Mitglieder gleiche Chancen und Möglichkeiten haben.

2.7. Wirtschaft

Im Wirtschaftsbereich sollte die DNS dringend eine kritische Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Wachstumsparadigma enthalten. Die bisherigen Ansätze in der Strategie greifen zu kurz, da sie weitgehend kapitalistische Grundannahmen und das Streben nach ungebremstem Wachstum unreflektiert lassen und nicht kritisch hinterfragen. Wir fordern deshalb die stärkere Berücksichtigung gemeinwohlorientierter Wirtschaftskonzepte z.B. der Postwachstumsökonomie und Suffizienz als Bestandteil einer zukunftsfähigen Wirtschaft. Als Grundannahme bedarf es hierbei einer Wirtschaft, die sich an den planetaren Grenzen orientiert, diese respektiert und einhält. Es bedarf auch in der Wirtschaft einer stärkeren Förderung von Nachhaltigkeit, die die planetaren Grenzen respektiert und einhält.

Technische Lösungen und Innovationen genügen nicht für die Erreichung der Klimaziele und um in den planetaren Grenzen zu bleiben. Die Entkopplung von Wachstum und Ressourcennutzung ist bisher nicht ausreichend gelungen, was das Konzept des grünen Wachstums in Frage stellt. Eine Reflektion darüber, dass Wachstum begrenzt werden muss, fehlt in der DNS. Es ist notwendig, eine neue Vorstellung von Wohlstand zu entwickeln, die nicht den stetigen Mehrkonsum fördert, sondern die Grundbedürfnisse aller Menschen erfüllt und zu Wohlbefinden führt. Darüber hinaus darf die internationale Verantwortung Deutschlands mit Blick auf die Nutzung von Rohstoffen und die Implementierung technologischer Innovationen nicht vernachlässigt werden.

Die Förderung der Kreislaufwirtschaft ist lobenswert, sollte jedoch nicht dazu führen, andere Konzepte des nachhaltigen Wirtschaftens zu vernachlässigen. Die Wiederverwendung von Rohstoffen und Materialien sollte stets berücksichtigt werden. Anreize und Preismechanismen müssen hinsichtlich ihrer Wirkung überdacht und rechtlich bindende Vorschriften sowie deren Kontrolle verstärkt werden, sodass kein Unternehmen Gewinninteressen über die Wahrung von Menschenrechten oder Umwelt- sowie Klimaschutz stellen kann.

Die Förderung nachhaltiger Start-ups ist positiv, darf jedoch nicht allein auf bestimmte Sektoren beschränkt bleiben. Auch gemeinwohlorientierte Unternehmen und Sozialunternehmen sollten stärker unterstützt werden. Die Bundesregierung sollte sich zudem dafür einsetzen, die Europäische Lieferkettenrichtlinie nachzuschärfen und auszuweiten, um nachhaltiges Wirtschaften zu erleichtern und verpflichtend zu machen. Dazu gehört auch die Förderung alternativer Arbeitsformen und Konzepte wie New Work. Auch die Umsetzung von Arbeit 4.0 sollte mitgedacht werden, um Deutschland auch zukünftig als attraktiven Arbeitgeber einer sich nachhaltig transformierenden Wirtschaft zu erhalten. Dies geht einher mit einer stärkeren Förderung des Ausbaus der digitalen Infrastruktur und dessen Implementierung.

Generell bedarf es der Stärkung von Arbeitnehmer*innenrechten, sodass sichere und menschenwürdige Arbeitsverhältnisse nicht nur gefördert, sondern garantiert werden. Außerdem erlebt Deutschland einen erheblichen Fachkräftemangel, der sich auch in der Just Transition sichtbar macht. Migration, Asylprozesse und Integration sollten generell erheblich erleichtert werden, aber auch um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und um Personen, die sich bereits in Deutschland befinden, den Zugang zu Jobs in der in der Wirtschaft und damit auch der Just Transition und im Nachhaltigkeitssektor zu erleichtern.

2.8. Bildung

Bildung umfasst durch lebenslanges Lernen alle Bereiche des Lebens und damit auch alle Bereiche der DNS. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist dabei als grundlegendes Bildungskonzept zu etablieren und beinhaltet Kernkompetenzen für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung, die systematisch in das Bildungssystem integriert werden müssen (siehe SDG 4.7). Es reicht nicht aus, BNE nur in Lehrplänen zu verankern; die Umsetzung muss umfassend, qualitätsgesichert und entsprechend dem Nationalen Aktionsplan BNE erfolgen.

Es reicht nicht aus, lediglich Add-on Bildungsangebote zu schaffen; diese müssen auch tatsächlich in das Bildungssystem integriert werden. Eine umfassende Überarbeitung des Bildungssystems ist notwendig, wobei BNE als Grundlage dient. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Lehre von überholten Konzepten in Fachdisziplinen, wie z.B. in der BWL und VWL, Transformation behindern kann und deshalb eine pluralistische, reflektierte und zukunftsorientierte Lehre erforderlich ist. Die umfassende Einführung von BNE-Weiterbildungen für Lehrende in Bildungsinstitutionen ist dabei ein konkreter Schritt, der im Sinne des "Train the Trainer"-Ansatzes bereits jetzt BNE ins System bringen kann, während die Überarbeitung angegangen wird.

Dabei geht es nicht nur um die Schule oder Hochschule, sondern um alle Bildungsbereiche, die miteinander in Beziehung gebracht werden müssen, um ein lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Auch wichtig neben den Inhalten und Methoden sind strukturelle Anpassungen, wie z.B. eine angemessene Bezahlung von Auszubildenden, beispielsweise durch den Mindestlohn. Dies würde die Attraktivität der Ausbildung erhöhen und es Auszubildenden ermöglichen, sich voll auf ihre Ausbildung zu konzentrieren, ohne zusätzlich arbeiten zu müssen. Aus den gleichen Gründen ist auch die Erhöhung des BAföG für Schüler*innen und Studierende notwendig.

Beispielhaft für die Implementierung von BNE steht der neue Indikator "Anstieg der BNE-zertifizierten Schulen", den wir begrüßen, jedoch nicht als ausreichend ansehen. Es muss hinterfragt werden, wie BNE, auch an BNE-zertifizierten Schulen, tatsächlich umgesetzt und integriert wird. Oft fehlen BNE-Standards, wie z. B. die Berücksichtigung des Whole Institution Approach (WIA), der u. a. auch die Verantwortung der Schulträger*innen miteinbezieht. Der WIA verdeutlicht, dass die Verantwortung für die Veränderung des Bildungssystems der Länder nicht weiterhin auf das Engagement von Schüler*innen und Lehrpersonen abgewälzt werden darf. Zudem ist BNE nicht nur auf Schulen beschränkt, sondern soll das gesamte Bildungssystem umfassen.

2.9. Nachhaltiges Bauen

Die Immobilienwirtschaft erzielt erhebliche Gewinne durch teuren Wohnraum. Aber gerade sozial gerechter und verträglicher Wohnbau wird benötigt und sollte in der DNS gestärkt werden. Eine konsequente Bauwende ist sowohl für den Klimaschutz als auch für die soziale Gerechtigkeit entscheidend. Nachhaltiges Bauen muss ökologisch, ökonomisch sinnvoll und sozial gerecht gestaltet sein, inklusiv und nicht-diskriminierend. Dabei müssen für die Stadtentwicklung, Mobilitätskonzepte und weitere Umgestaltungen öffentlichen Raumes die

Perspektiven von marginalisierten Gruppen - insbesondere Menschen mit Beeinträchtigungen - ganzheitlich gedacht und berücksichtigt werden, um allen die Teilhabe in der Gesellschaft zu vereinfachen.

Städte müssen widerstandsfähiger gegenüber Klimakrisen werden. Dazu sind nationale Hitzeschutzstrategien und Hochwasserstrategien notwendig. Verkehrsinfrastrukturen sollten alle Verkehrsteilnehmer*innen berücksichtigen, und urbane Lebensräume durch ko-kreative Flächennutzung bereichert werden. Auch eine Reduktion von Straßenflächen kann gemeinschaftlich genutzte Räume und mehr Grünflächen schaffen, um Lebensqualität und Luftqualität zu verbessern. Der Ausbau des Smart City Ansatzes ist hierbei essenziell.

Eine Bauwende ist für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit entscheidend, einschließlich der Energiesanierung und zirkulären Bauens. Die Bauwende sollte symbolisch bei Bundesgebäuden beginnen und durch Kommunikation unterstützt werden, um Akzeptanz zu fördern - auch eine umfangreiche Sanierungswelle von Schulen oder Bildungsorten könnte die Lernatmosphäre fördern und dabei die Sanierung von Wohnungen der Familien anstoßen. Die Sanierungsrate muss von einem auf vier Prozent erhöht werden, mit sozial gerechter Kostenverteilung zwischen Eigentümer*innen, Vermieter*innen, Mieter*innen und dem Staat. Die Verteilung von Bestandsgebäuden und ein neuer Umgang mit Einfamilienhäusern sind ebenso notwendig wie die Förderung von vertikaler Begrünung. Innovative Baulösungen und neue Bebauungskonzepte sollten dabei stark gefördert werden, um eine ganzheitliche Transformation anregen zu können.

Des Weiteren sollten zukünftige obsolete Flächen bereits frühzeitig weitergedacht und multicodierende Nutzungskonzepte gefördert werden. Hierbei können sowohl neue Wohn- als auch Urbane Räume mitgedacht werden. Ein Bestandteil davon kann auch die Förderung von Zwischennutzungskonzepten sein.

Allgemein sollten stets die ländlichen Gebiete in den Bereichen der Bauwende mitgedacht werden, sowie auch hier frühzeitig obsolet werdende Flächen multicodierend weitergedacht werden. Der Fokus auf eine niederschwellige und verständliche Kommunikation der Bauwende ist hier von besonderer Bedeutung.

Klimaneutrale Wärmeerzeugung sollte gefördert und der Einbau von Ölheizungen beendet werden. Kommunale Beratungsangebote für Wohnraumnutzung sind wichtig, sodass dieser effizient und sozialgerecht genutzt werden kann. Bestandsbauten sollten Vorrang vor Neubauten haben, und Sanierungen sind oft energetisch vorteilhafter. Dabei kann auch die DNS Passiv- und Nullenergiehäuser als neuen Standard nennen. Außerdem sollte ein Gebäude-Materialpass eingeführt werden und nachhaltige Materialien wie Holz und Stroh müssen

stärker gefördert und Recycling-Baustoffe sollten bevorzugt werden. Auch die Konzepte des Rückbaus und die Verwendung ehemals verbauter Materialien soll stärker gefördert werden. Hieran anknüpfend ist die Förderung städtischer Zentraldepots zur Förderung des Materialrecyclings im Bauwesen (Urban Mining).

Der Flächenverbrauch muss durch verantwortungsvolle und digitalisierte Planung reduziert werden. Wenn Flächen versiegelt werden, sollte dies möglichst effizient und nutzenmaximiert passieren, um andere versiegelte Flächen zu renaturieren und netto keine weiteren Flächen zu versiegeln. Dafür benötigt es eine Flächenkreislaufwirtschaft.

2.10. Landwirtschaft

Die Industrialisierung hat die Landwirtschaft von einem Kreislauf- in ein Durchflusssystem umgewandelt, welches nicht mehr an lokale Bedingungen angepasst ist. Großteils werden notwendige Ressourcen wie Energie, Saatgut, Düngemittel und Futtermittel zugekauft. Diese Umstellung hat die Abhängigkeit der landwirtschaftlichen Erzeuger*innen von vorgelagerten (etwa Saatgut, Dünge- und Futtermittel) und nachgelagerten Bereichen (wie Verarbeitung und Handel) erheblich erhöht.

Die Umstellung der Betriebe von Produzent*innen ist die Voraussetzung für die Etablierung nachhaltiger Agrar- und Ernährungssysteme, welche durch Forschung und Innovation begleitet werden müssen. Ebenso ist es entscheidend, das Konsumverhalten der Menschen in die Verantwortung zu nehmen.

Die Berechnung nationaler Emissionen berücksichtigt nicht die externen Emissionen, die durch unser Konsumverhalten im Ausland verursacht werden. Durch die Externalisierung von Kosten werden diese nicht in wirtschaftliche Bewertungen einbezogen, was Lebensmittel künstlich billig macht und die Effizienz der industriellen Landwirtschaft in einem besseren Licht erscheinen lässt. Probleme wie Bodenerosion, Versalzung, übermäßiger Wasserverbrauch oder der Verlust der Artenvielfalt bleiben dabei unberücksichtigt.

Neben der Verbesserung der Situation von Landwirt*innen ist auch die Situation der landwirtschaftlichen Mitarbeiter*innen ein wichtiger, zu verbessernder Faktor. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass 1,3 Milliarden Menschen weltweit direkt in der Landwirtschaft als Lohnarbeiter*innen tätig sind, was fast die Hälfte aller Beschäftigten weltweit ausmacht. Wir können die ausbeuterischen Klassen-, Geschlechter- und rassistischen Verhältnisse im internationalen landwirtschaftlichen Bereich nicht länger ignorieren. Wir tragen auch hierfür Verantwortung. Um Kosten zu drücken, werden vermehrt günstige

Arbeitskräfte eingestellt, oftmals Arbeitsmigrant*innen, deren Situation von Konzernen ausgenutzt wird. Frauen werden systematisch benachteiligt und diskriminiert und im internationalen sowie europäischen Kontext sind auch Kinder- und Zwangsarbeit ein Problem. Dies muss sich national und international ändern, denn schlussendlich landen die Lebensmittel auch in unseren Supermärkten.

Bei der Reduktion von Lebensmittelabfällen sollte der Fokus auf Recycling und den natürlichen Abbau in unseren Ökosystemen durch Destruenten liegen. Dies könnte beispielsweise durch Kompostierung gefördert werden. Außerdem braucht es ein System, das Lebensmittelabfälle aufgrund ästhetischer Fehler reduziert und das Retten von Lebensmitteln erleichtert, verpflichtend macht bzw. legalisiert.

Auch der Umgang mit Tieren und unsere eigene Ernährung müssen überdacht werden. In Deutschland genießen wir ein Privileg der Ernährungsvielfalt, jedoch fehlt es an Aufklärung und Transparenz gegenüber den Verbraucher*innen über die Auswirkungen ihres Lebensmittelkonsums auf Klima, Umwelt, Tiere und Biodiversität. Strengere Vorschriften für Tierhaltung, Reduktion von tier- und klimaschädlichen Landwirtschaftssubventionen, Vereinfachung klima- und umweltfreundlicher Ernährungsweisen sowie Bildung, die einen lebensnäheren Umgang mit Natur und Lebensmittel bereits im frühen Alter fördert, sind erforderlich. Tiere müssen als fühlende Lebewesen und wichtige Mitglieder unserer Ökosysteme anerkannt und entsprechend behandelt werden.

Auch die Forstwirtschaft muss vor dem Hintergrund der Klimakrise in den Blick genommen und die aktuelle Bewirtschaftung dahingehend verändert werden, dass sie mehr CO₂-Speicherung ermöglicht, sowie die Wälder klimaresilient sind. Die staatlichen Institutionen müssen ihre Verantwortung anerkennen und gemeinsam mit Waldbesitzer*innen handeln, denn es kann nicht auf unverbindliches Engagement dieser gesetzt werden. Der Waldzustandsbericht 2023 zeigt eindrücklich, dass es dem deutschen Wald so schlecht geht wie seit Jahrzehnten nicht.

3. Strukturelle Punkte

Die Übersicht der Maßnahmen sollte klarer strukturiert und detaillierter sein, um ihre Effektivität und Umsetzbarkeit zu gewährleisten. Es muss sichergestellt werden, dass die Maßnahmen kohärent sind und ineinandergreifen, um die gesteckten Ziele zu erreichen.

Zwei Punkte möchten wir an dieser Stelle noch einmal explizit aufgreifen:

3.1. Indikatoren

Eine grundsätzliche Diskussion mit Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft über die Eignung der derzeitigen Indikatoren zur Zielerreichung ist notwendig. Denn die bisherigen Indikatoren sind aus unserer Sicht nicht ausreichend, um die gewünschten Erfolge zu garantieren und haben einen falschen Fokus. Es bedarf einer Überprüfung und Anpassung, um sicherzustellen, dass die Indikatoren die Fortschritte adäquat messen und den tatsächlichen Zustand der Nachhaltigkeit widerspiegeln.

3.2. Governance

Die Arbeitsstruktur der Governance benötigt sowohl eine stärkere Einbindung von Wissenschaft als auch eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft - insbesondere auch junger Menschen. Wissenschaftliche Expertise und die diversen Perspektiven von Bürger*innen sollten integraler Bestandteil der Entscheidungsprozesse sein, um innovative und zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln.

Es ist widersprüchlich, dass auf der einen Seite betont wird, dass Veränderungen nicht nur von oben nach unten (top-down) passieren können, während gleichzeitig bottom-up Bewegungen nicht ausreichend wertgeschätzt, ignoriert oder sogar unterdrückt werden. Eine echte partizipative Herangehensweise erfordert die Anerkennung und Einbindung demokratischer, zivilgesellschaftlicher Bewegungen und Proteste.

Eine weitere wesentliche Frage betrifft die Zeit nach 2030: Wie geht es nach Ablauf der aktuellen Strategie weiter? Es ist von entscheidender Bedeutung, die Zukunft in den Blick zu nehmen und bereits jetzt Pläne für die Zeit nach 2030 zu entwickeln und dabei sicherzustellen, dass junge Menschen von Anfang an in diese Prozesse eingebunden werden.

4. Abschluss

Wir befinden uns bereits mitten in der Klima- und Biodiversitätskrise. Antidemokratische und diskriminierende Kräfte inner- und außerhalb Europas erlangen immer mehr Zuspruch. Es ist von großer Bedeutung, diese Herausforderungen anzunehmen und gemeinsam mit Nachdruck an Lösungen zu arbeiten.

Wir wünschen uns deshalb eine kontinuierliche Verbesserung der DNS. Als das richtungsweisende Dokument in Deutschland zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele, muss die DNS weiterhin konsequent an wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgerichtet werden. Alle interessierten Bürger*innen sollten die Möglichkeit haben, sie zu verstehen, um sich gemeinsam für die notwendige Transformation einsetzen zu können.

4.1. Mitgestaltung und Beteiligung junger Menschen

Es ist essenziell, die Beteiligung junger Menschen in allen Bereichen der DNS zu verankern. Partizipation muss nicht nur die Weitergabe von Wissen umfassen, sondern auch die aktive Ermöglichung und Förderung der Beteiligung junger Menschen. Es ist wünschenswert, dass alle Ministerien Beteiligungsformate für junge Menschen etablieren, um sicherzustellen, dass junge Perspektiven und Ideen in die Entscheidungsprozesse einfließen.

Dies sollte sowohl in den Transformationsteams, als auch darüber hinaus geschehen. Junge Menschen müssen als vollwertige Partner*innen in den Prozessen der nachhaltigen Transformation anerkannt und einbezogen werden. Die Beteiligung junger Menschen kann gerade dadurch eine große Bereicherung darstellen, dass andere Perspektiven als die bereits bekannten eingenommen werden, dadurch Impulse gesetzt, neue Ideen generiert und kritische Nachfragen gestellt werden. Dafür benötigt es auch Empowerment Maßnahmen und Beteiligungsstrukturen mit hauptamtlicher Unterstützung, durch welche sich junge Menschen aktiv einbringen und selbst vertreten können.

Auch auf Landesebene sollen zusammen mit jungen Menschen Strukturen etabliert werden, sodass die Stimmen der in Verbänden organisierten sowie nicht-organisierten jungen Menschen stärker gehört werden.

Die Einrichtung solcher Beteiligungsstrukturen darf jedoch nicht zu Scheinbeteiligung führen, indem z.B. reine Informationsangebote geschaffen werden. Sie benötigen durchdachte Konzepte, welche die gleichberechtigte Einbindung auf Augenhöhe junger Menschen in Entscheidungen und Abläufe garantieren.

Ebenfalls können diese Beteiligungsstrukturen nur eine Ergänzung zum Wahlrecht darstellen: sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht auf allen Ebenen - auch der Bundesebene - soll mindestens auf 16 (eher noch weiter) gesenkt werden. So können Belange von Jugendlichen und schließlich auch Kindern in der Politik abgebildet werden.

4.2. Schlusswort

Wir möchten die Gelegenheit nutzen, unseren Dank für die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in den Entstehungsprozess der DNS auszudrücken und darum zu bitten, diesen Prozess auszubauen und stetig inklusiver zu gestalten. Wir, engagierte junge Menschen, die in den Jugendbeteiligungsformaten der Bundesministerien für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), Auswärtiges (AA), Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Bildung und Forschung (BMBF), wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) sowie Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) sowie im youpaN (NP BNE am BMBF) aktiv sind, sind auch weiterhin bereit, an der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie mitzuwirken und freuen uns über Anfragen dazu. **Lassen Sie uns gemeinsam an einer nachhaltigen und gerechten Zukunft arbeiten!**

Arbeitsgruppe Jugend- und Klimaaußenpolitik (AA)

BMZ-Jugendbeirat (BMZ)

Jugendpolitischer Beirat (BMFSFJ)

Jugendprojektbeirat des BMUV und UBA

Urbane Liga (BMWSB)

youpaN - Jugendforum der Nationalen Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (BMBF)

Von der Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung in Klimafragen (BMWK):

Johanniter-Jugend, netzwerk n, Students for Future